№ 311
B 153
Abend-Ausgabe
Berlin
Mittwoch, 2. Juli 1924

# Vossische Zeitung

10 Pfennig
Gegründet 1704.
Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—2663. Für den Personenverkehr Amt Dönhoff 2636—2696. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

# Reparationsbesprechungen bei Herriot.

## Die Vorbereitungen für London

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Paris**, 2. Juli.

Ueber die gestrigen Besprechungen bei Herriot, an denen bekanntlich Barthou sowie eine Reihe weiterer mit der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens und den Reparationsproblemen in Verbindung stehender Persönlichkeiten teilnahmen, schreibt der „Petit Parisien": Im Verlauf dieser Zusammenkunft gab jeder der Teilnehmer dem Ministerpräsidenten seine Ansicht über diejenigen Probleme zur Kenntnis, die besonders unter seine Zuständigkeit fallen. Die Unterhaltungen gestatteten es, die Fragen, die auf der interalliierten Konferenz zur Besprechung stehen werden, zu umschreiben und zu erkennen, wie die Aufgabe der französischen Delegation in London beträchtlich erleichtert werden kann. Das Blatt meint, daß angesichts der Möglichkeit dieser Zusammenkünfte auf die gestrige Zusammenkunft eine Anzahl weitere derselben Art folgen werde.

Ⓑ **Paris**, 2. Juli.

**Wie wir erfahren, hat das französische Mitglied des Organisationsausschusses für die deutschen Industrieobligationen, Descamps, sein Amt niedergelegt.**

## Die Teilnahme an der Konferenz.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **London**, 2. Juli.

Gestern sind hier von Amerika, Japan, Belgien und Italien die Annahmeerklärungen auf die Einladung zur Londoner Konferenz eingelaufen. Mussolini wird sich wahrscheinlich durch den Wirtschaftsminister Nava vertreten lassen, Japan durch seinen Pariser und durch seinen Londoner Botschafter. Die kleineren alliierten Länder werden auf der Londoner Konferenz durch ihre Gesandten in London vertreten sein. Hier ist man der Ansicht, daß keine erheblichen Interessen dieser Länder bei der Anwendung des Dawes-Berichts in Frage kommen, nachdem ausdrücklich unter den Alliierten vereinbart worden ist, daß die Schuldenfrage und die Festsetzung des Gesamtbetrages der von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen von der Tagesordnung ausgeschlossen bleiben, so daß sich die Londoner Konferenz nur mit der technischen Anwendung des Dawes-Berichts befassen könne.

## Bernstorffs Erklärungen in Lyon.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

J. B. **Lyon**, 2. Juli.

Das Hauptproblem dieser Tagung der Union der Völkerbundligen kam gestern nachmittag bei der Beratung des Antrages der Wirtschaftskommission für Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund zur Sprache.

Der deutsche Delegierte Graf Bernstorff erklärte, er wolle die erstmalige Anwesenheit einer deutschen Abordnung bei einer derartigen Versammlung auf französischem Boden nicht vorübergehen lassen, ohne für die freundliche Aufnahme zu danken. Es sei erfreulicher, nicht von der Vergangenheit, sondern von der Zukunft zu sprechen. Die Wahlen in Frankreich und England ließen den Beginn einer neuen Epoche für Europa erhoffen. Bei der Besprechung der deutschen Wahlen müsse man bedenken, daß der Wahlerfolg sich nach rechts und auch nach links gewendet habe, was als Ursache die wirtschaftliche Mißstimmung erweise. Er könne nur bestätigen, was Professor Quidde neulich gesagt habe, daß nämlich Deutschland vollkommen entwaffnet sei. Man könne in Deutschland heute an Krieg nicht einmal denken; denn Krieg werde heute nicht mit Menschen, sondern mit technischen Mitteln geführt, über welche Deutschland nicht verfüge. Aber es sei auch keine Rede von einem Kriegswillen Deutschlands. Gewiß sei die deutsche Republik heute noch kein gefestigter demokratischer Staat, aber auch in Frankreich und England habe sich diese Entwicklung nicht so schnell vollzogen, sondern Jahre und Jahrzehnte beansprucht. Die Reizbarkeit des deutschen Nationalgefühls müsse man bei einem besiegten großen Volke verstehen, und das Ausland sollte Kundgebungen solcher Gereiztheit als Ansporn zu einer notwendigen Beruhigung, aber nicht als Symptome für Beunruhigung auffassen. Deutschland sei bereit, nach der Regelung der deutsch-französischen Fragen in den Völkerbund einzutreten, und habe den Dawes-Bericht angenommen. Dafür erwarte es die Räumung der über den Vertrag hinaus besetzten Gebiete und Amnestie für die Verurteilten, wobei es das bisherige Entgegenkommen dankbar anerkennt. Die deutsche Liga wolle arbeiten, damit die Völker sich kennen lernen und miteinander versöhnen, weil nur dadurch neue Kriege vermieden werden könnten.

Graf Bernstorff, dessen Rede, während er sprach, nur vereinzelten Beifall hatte, fand am Schluß starke, fast einmütige Zustimmung des gesamten Kongresses.

Bernstorff übersetzte die Rede selbst ins Englische und wurde vielfach beglückwünscht.

Der Deputierte Jean Hennessy antwortete im Namen der französischen Delegation und erinnerte daran, daß bei Annahme der Reparationsvorschläge der englischen Liga die Frage längst gelöst sein könne. „So entscheiden die französische Demokratie für eine friedliche Regelung eintritt, so entscheiden will sie auch die Garantie ihrer Sicherheit haben, und es besteht nun einmal der Verdacht, daß Deutschland mit neuen Mitteln zu einem neuen Kriege rüstet. Da der deutsche Delegierte uns die Versicherung gab, daß dies nicht richtig sei, so bitten wir ihn, er möge auf die deutsche Bevölkerung wirken, damit sie die letzte Kontrolle im Bewußtsein des guten Gewissens ungestört vollziehen läßt, damit alle Welt wieder Deutschland vertraut. Er habe gern Kenntnis von Bernstorffs Erklärungen genommen und hoffe auf eine friedliche Zukunft, obwohl Europa heute in eine vielleicht zu große Zahl von Staaten gespalten sei, um unter den heutigen Wirtschaftsbedingungen gedeihen zu können.

Nach Hennessys mit starkem Beifall aufgenommener Antwort sprach im Verlauf der Debatte noch der Delegierte der belgischen Liga Rolin, der Attaché der belgischen Völkerbundsdelegation, seine lebhafte Freude über die Erklärungen Bernstorffs aus.

**Die Vollversammlung des Kongresses der Vereinigungen für den Völkerbund genehmigte die Resolution des Wirtschaftsausschusses, die das Sachverständigengutachten begrüßt, seine Verwirklichung durch Völkerbundsorgane empfiehlt und hierfür Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mit ständigem Ratssitz bei Erfüllung der im Pakt geforderten Zusicherung für notwendig erklärt und den Grundsatz des Achtstundentages aufrechterhält. Der polnische Vertreter teilte dem Vorstand des Kongresses mit, daß er Einspruch gegen den Passus der Resolution über den deutschen Ratssitz einlege.**

## Die Kleine Verwaltungsreform.

Die heutige Landtagssitzung.

Den Mittelpunkt der heutigen Debatte des preußischen Landtages über die kleine Verwaltungsreform bildete das Referat des früheren Ministers Landtagsabg. Professors Preuß. Mit starken historischen Kenntnissen unterbaut, bewegten sich seine Ausführungen in stark kritischer Richtung.

Er kennzeichnete die Vorlage als eine Novelle zum Landesverwaltungsgesetz von 1883, die dieses in allen wichtigen Punkten umwerfen macht und auf die Gesetzesänderung von 1825 zurückgreift. Die unklare, undefinierbare Stellung des Oberpräsidenten wurde durch die Novelle nur verschlimmert. Die ganze Vorlage stellt einen Versuch dar, der Notwendigkeit aus dem Wege zu gehen, Farbe zu bekennen bei der Beseitigung einer Zwischeninstanz.

Die Vorlage bringt, so führt Preuß aus, keine Dekonzentration und keine Dezentralisation. Die Verantwortung einer Behörde reicht so weit wie ihre Zuständigkeit; da der Oberpräsident ein gewisses Einspruchsrecht und das Recht zur Erteilung von Weisungen an die Regierungspräsidenten behält, behält er auch die Verantwortung.

Preuß plädiert lebhaft für eine Verstärkung der Selbstverwaltung. Ein Abbau sei unbedingt nötig, da wir sieben Verwaltungsinstanzen übereinander besitzen. Von diesen seien nur die beiden Endstadien, nämlich das Reich einerseits, die Gemeinden andererseits, unbedingt nötig als Zwischenglieder für Zweckmäßigkeitsfragen.

Preuß schließt seine Ausführungen mit der Versicherung, daß seine Fraktion an der Reform mitarbeiten wolle, wenn sie auch ihre Kritik nicht zurückstellen könne. Ob die Abänderungsanträge seiner Fraktion einen Erfolg sichern, läßt er allerdings dahingestellt.

Der Minister des Innern Severing erwidert auf die Ausführungen Preuß', indem er erklärt, er habe niemals ein Hehl aus seiner Stellung in der Frage gemacht, ob die Oberpräsidien oder die Regierungspräsidien abzuwanken seien.

Er stehe unbedingt auf dem Standpunkt, daß das letztere zweckmäßig sei, und zwar einerseits deshalb, weil sich die Provinzen ein Eigenleben erworben hätten, andererseits, weil vom finanziellen Standpunkt ein Ertrag der Ersparnismaßnahmen nur bei dem Abbau der Regierungspräsidien zu erwarten sei.

Er hält aber den Augenblick für eine solche Maßnahme schon mit Rücksicht auf das besetzte Gebiet für ungeeignet und vertritt in diesem Sinne die gegenwärtige Vorlage, die sich ja im wesentlichen doch in der Richtung bewege, die der Abgeordnete Preuß gewünscht habe.

✱

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Abg. Dahlem (Komm.) wiederum wie schon in der vorhergehenden Sitzung die Besprechung der Verbote der „Roten Fahne" und anderer Zeitungen. Der Besprechung wird widersprochen.

# Das Attentat auf Oesterreich.

Von
**Karl Lahm.**
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

✱ **Wien**, 26. Juni.

Als am 1. Juni das Attentat auf Bundeskanzler Dr. Seipel erfolgte, schrieb die christlichsoziale „Reichspost", daß die Kugel Oesterreich mitten ins Herz traf. Diese Behauptung war vielleicht nicht allzu sehr übertrieben. Besteht die Hoffnung, daß der Bundeskanzler dank einem Wunder mit dem Leben davonkommen wird, so hat doch sein zeitweiliges Ausscheiden aus der aktiven Politik, die auch für die Zukunft bedingte Schonungsbedürftigkeit dieses einzigen Oesterreichers von staatsmännischer Bedeutung bereits bewirkt, daß sowohl politisch wie wirtschaftlich sich die Lage des Landes sichtbar verschlechtert hat. Oesterreich lebte in den letzten zwei Jahren von Seipels Geist; es zog unaufhörlich Nutzen von dem Kredit, den dieser Mann im Innern und draußen zu erringen verstanden hatte.

Das Wort der „Reichspost" hatte einen Doppelsinn: Oesterreich wurde ins Herz getroffen. Denn für jene, die nach dem Zusammenbruch der habsburgischen Monarchie ein kleines österreichisches Vaterland zu erhalten wünschten, als Keimzelle für ein vielleicht später wieder erstehendes größeres Reich unter habsburgischer Führung, war Prälat Seipel die einzige Hoffnung. Er trat täglich Verberaisen an, um in allen Landesteilen, ja in jedem Dorf etwas wie einen österreichischen Patriotismus zu schaffen, von dem auch die letzten Spuren verschwunden schienen. Der Bundeskanzler machte diese Propaganda sehr geschickt und etwas geheimnisvoll, bald im geistlichen Ornat, bei Glockenweihen und Feldmessen, bald in der politischen Versammlung, auf christlichsoziale Rechnung. Da er ein viel zu kluger Mann ist, um nicht zu wissen, daß er bei den Bauern schon gar kein Verständnis dafür finden würde, wenn er ihnen von alten habsburgischen Glanz reden würde, von dem in der Erinnerung nur die Erlebnisse der Militärpflicht und des schrecklichen Kriegsendes verblieben sind, hat er in der letzten Zeit sogar das Zugeständnis gemacht, hie und da das Wort Republik in den Mund zu nehmen, das er nicht liebt, das ihm aber dazu dienen konnte, so etwas wie einen Staatsgedanken für alle annehmbar zu formulieren.

Es kann nicht geleugnet werden, daß seine österreichische Gedankenarbeit gewisse Erfolge hatte. So wurde das stark sozialdemokratisch eingestellte Bundesheer allmählich von radikalen Elementen gesäubert und das Offizierkorps dazu erzogen, die Mannschaften zur Beteiligung an Prozessionen und Kirchenfesten heranzuholen. Wenn auch Prälat Seipel immer den deutschen Charakter des Oesterreichertums hervorhebt, so ist es unverkennbar sein Bestreben, den Anschlußgedanken stets mehr in Vergessenheit zu bringen. Die deutsche Aufgabe des Oesterreichertums sieht dieser, nach seiner ganzen Vergangenheit im apostolischen Reich wurzelnde katholische Geistliche, auf den der Vatikan mit Recht stolz ist, im traditionellen Einflußnehmen auf die Nachfolgestaaten, deren selbständigen Fortbestand er vielleicht nicht für gesichert hält und deren Rückkehr unter die Patronanz der alten Kapitale Wien er in der einen oder anderen Form für möglich hält. Mit der Geduld, die ihn die ewige Kirche lehrte, verfolgt er Ziele auf weite Sicht und vermeidet es, wie er sich einmal dem Schreiber dieser Zeilen gegenüber ausdrückte, „der Vorsehung Wege zu verbauen".

Kein anderer Mann an Stelle Seipels wäre imstande, mit ähnlicher Suggestionskraft zu wirken, ja auch nur die bürgerliche Koalition bei dieser österreichischen Einstellung zusammenzuhalten. Obschon die Parteien der Wehrheit sich mit Rücksicht auf das Krankenlager Dr. Seipels äußerste Zurückhaltung auferlegen müßten, um bis zu seiner Genesung einen, wie man sagen muß, von der sozialdemokratischen Opposition respektierten Gottesfrieden zu erhalten, ist die größte eigene Partei Seipels heute gespalten. Ehrgeizige und geschäftstüchtige Männer, die unter der lauteren Leitung des Kanzlers sich etwas im Hintergrund halten mußten, attackieren den ebenfalls integren, wenn auch leicht reizbaren christlichsozialen Finanzminister Kienböck, der in Seipels Vertretung nach Genf reisen mußte und sich dort gegen den Generalkommissär des Völkerbundes Dr. Zimmerman nicht durchzusetzen vermochte. Der Völkerbundrat hat es abgelehnt, das von der Wiener Regierung beantragte Normalbudget Oesterreichs anzuerkennen, und hat einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Daß man mit dem 1922 in Genf festgesetzten Budget von 320 Millionen Goldkronen jährlich nicht auskommen konnte, ist wohl anerkannt worden; das von Kienböck auf 520 Millionen Goldkronen veranschlagte erscheint jedoch Dr. Zimmerman zu hoch, und denoch wird man auch damit nicht auskommen, da gerade die Bundesbeamten Sturm laufen, um ihre Hungergehälter hinaufzutreiben. Wollen einflußreiche Christlichsoziale ihren Parteifreund Kienböck stürzen, so finden sie Zustimmung bei den großdeutschen Koalitionsgenossen, die ihre Wählerschaft hauptsächlich im Beamtenlager haben und Kienböcks krampfhafte Anstrengungen, die Lohnforderungen abzulehnen oder hinauszuschieben, als eine Gefährdung ihrer Mandate betrachten müssen.

Viel wichtiger aber als dieser Parteienkampf um das Budget Oesterreichs ist die Katastrophe, die das Budget